

Es braucht ein Moratorium für Schulreformen

Wer die Auseinandersetzung um die Reform der KV-Lehre «Kaufleute 2022» verfolgt, erlebt ein Déjà-vu. Wie beim Lehrplan 21 für die Volksschule wird erneut eine radikale, theoretisch wohlklingende Reform von oben nach unten durchgepaukt.

Wie beim Lehrplan 21 wurde die Übung so angelegt, dass die Lehrkräfte von der Mitwirkung möglichst ausgeschlossen waren. Kritische Stimmen wurden unter Druck gesetzt. Maulkörbe statt Mitsprache. Die Vernehmlassung der KV-Reform begann erst am 18. Januar 2021 und endete schon am 20. April. Die Übung sollte so ungestört und effizient wie möglich durchgezogen werden.

Jetzt ist das Projekt trotzdem entgleist. Der Bund musste nach massiver Kritik die Einführung um ein Jahr auf 2023 verschieben. Auch das kennen wir vom Lehrplan 21.

Wie beim Lehrplan 21 dreht sich alles nur noch um «Kompetenzen», klassische Fächer sind nicht mehr wichtig. «Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen» statt Rechnungswesen, «Interagieren in einem vernetzten Umfeld» statt Deutsch. Die Berufsschülerinnen «prüfen die Angemessenheit der Inhalte und die Qualität des Small Talks»: Das klingt modern. «Sie analysieren eigene soziale, kulturelle und generationsbedingte Werte, die ihre Handlungen beeinflussen»: Bei der Formulierung solcher Handlungskompetenzen für 16- bis

Schon der Lehrplan 21 wurde ohne vorgängige Evaluationen durchgedrückt

19-jährige Lernende waren offensichtlich keine Praktiker zugelassen. Beim Lehrplan 21 ignoriert die Mehrheit der Lehrkräfte mittlerweile die schwubligen Kompetenzbeschreibungen, schliesslich sollen die Schüler ja etwas lernen.

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Das grundsätzliche Problem der Reformen ist der «bildungsindustrielle Komplex», so der Lehrer Alain Pichard, der sich zwar mit starken Argumenten, aber ohne Erfolg bereits gegen den Lehrplan 21 engagiert hatte. Die Bildungswissenschaftler entwickeln ihre Theorien, Politik und Verwaltung setzen sie durch. Die Lehrer, die das Ganze in der Praxis umsetzen müssen, werden von der Politik als Kostenfaktoren, von der Verwaltung als Hindernisse und von den Bildungswissenschaften als Ewiggestrige behandelt, die man am besten auf Distanz hält.

Dafür holt man sich Berater und Firmen, die als Profiteure der Reformen gleich mit Projektleitungen betraut werden. Interessenkonflikte werden ausgeblendet. Sparen kann man dann bei den Lehrerinnen und Lehrern: Das Zaubervort dafür heisst «Selbstorganisiertes Lernen».

Chantal Galladé, Erziehungswissenschaftlerin und frühere Nationalrätin, forderte kürzlich «zwei Jahre lang Reformstopp für die Schulen». Das reicht nicht. Schon der Lehrplan 21 wurde ohne vorgängige Evaluationen und Abklärungen durchgedrückt. Ob die «Jahrhundertreform» etwas gebracht hat, will man erst gar nicht wissen.

Die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Wissenschaften müssen nie die Konsequenzen ihre Experimente tragen. Das tun nur die Schüler und die Lehrkräfte. Es ist deshalb höchste Zeit für ein Moratorium für Bildungsreformen. Bevor nicht der klare Nutzen einer durchgeführten Reform nachgewiesen ist, darf keine neue gestartet werden.

Armin Müller,
Mitglied der Chefredaktion



armin.mueller@sonntagszeitung.ch

Fehlstart für die neue KV-Lehre

Das Projekt «Kaufleute 2022» soll mit der Verschiebung auf 2023 gerettet werden

Die zunehmend scharfe Kritik an der laufenden Reform der kaufmännischen Lehre zeigt Wirkung. Am Freitagnachmittag teilte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) mit, das «Projekt Kaufleute 2022» werde erst 2023 eingeführt.

Das KV ist mit jährlich rund 13'000 neuen Lehrverträgen bei den Jugendlichen die beliebteste berufliche Grundausbildung. Seit 2017 arbeitet die Schweizerische Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen (SKKAB) als Trägerin des Berufs «Kauffrau/Kaufmann EFZ» an einer grundlegenden Reform.

Jetzt hat das SBFI die Notbremse gezogen, nachdem in den letzten Wochen die Kritik am Projekt immer lauter geworden war. Bedenken äusserten unter anderen die Schweizerische Bankiervereinigung, die Handelskammer beider Basel, der Verband der Fachhochschulabsolventen und Politikerinnen und Politiker aus der SP und dem bürgerlichen Lager.

Nun wollen die Verantwortlichen auf mehrere Kritikpunkte eingehen. Statt wie vorgesehen nur noch eine Fremdsprache sollen doch wieder zwei obligatorisch sein. Der Zugang zur Berufsmaturität muss sichergestellt werden.

Der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (ZLB) hat am Mittwoch in einer Pressemitteilung seine Kritik am Vorgehen, die er schon in der Vernehmlassung vorgebracht hatte, deutlich verschärft. Im Zentrum steht die Fokussierung auf Handlungskompetenzen statt der klassischen Schulfächer. «Handlungskompetenzen zu unterrichten, ohne vorgängig Grundlagen zu vermitteln, ist, wie ein Dach zu bauen, ohne Mauern zu erstellen», stellt der ZLB fest.

Nun scheint man den Kritikern etwas entgegenzukommen: «Handlungskompetente Berufspersonen verfügen über ein fun-

diertes Grundlagenwissen», hält das SBFI fest. Bisher hatte das noch anders getönt. «Es geht nicht darum, die Grundausbildung etwas zu verändern, sondern das Berufsbild und somit die damit verbundene Grundbildung fundamental neu zu denken», schrieb die Projektleiterin Petra Hämmerle, Geschäftsleiterin der Firma Ectaveo, in einer Zwischenbilanz. Ectaveo ist eine auf Bildungsreformen spezialisierte Unternehmensberatung.

«Wer in einer Sackgasse steckt, sollte umkehren»

Die SKKAB hat 2017 Ectaveo mit der Planung und Durchführung der Reform beauftragt. Der ZLB fordert nun, ihr die Projektleitung zu entziehen und das Vorhaben zu sistieren. «Wer in einer Sackgasse steckt, sollte umkehren.»

Allein der Bund hat 1,2 Millionen Franken zum Reformprojekt beigesteuert. Der Millionenauftrag erfolgte ohne vorherige Ausschreibung, wie der Berner Lehrer Alain Pichard feststellt, der die Vorkommnisse für den Lehrer-Blog «Condorcet» unter die Lupe nahm. Der frühere Präsident der SKKAB, der die Ectaveo mit dem Projekt beauftragte, arbeitet heute als Projektleiter für die Firma.

In den Unterlagen zum Projekt taucht ausserdem die Firma Konvink AG auf. Sie soll im Projekt die Weiterbildung der Lehrkräfte übernehmen und die «digitale Lernumgebung» bereitstellen. Die AG wurde 2016 gegründet. Konvink sei privat finanziert, steht auf der Website. Hinter Konvink stehen auch zwei Geschäftsleiterinnen von Ectaveo,

Die Weiterbildung der Berufsschullehrkräfte verspricht ein gutes Geschäft. Allein die nötigen Lizenzen für den Zugang zur Konvink-Datenbank kosten 140 Franken pro Lehrkraft und Jahr. Vorgesehen ist eine Laufzeit von drei Jahren. «Konvink und Ectaveo gehören zusammen. Irgendwie. Und es funktioniert. Sehr sogar!», heisst es auf der Ectaveo-Website. Petra Hämmerle wollte Fragen zum Verhältnis der beiden Firmen nicht beantworten. Armin Müller



Moniert fehlende Ausschreibung: Der Berner Lehrer Alain Pichard

Foto: Xavier Voirol/Strates